Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 4,20 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf • Nr 100 SONNTAG, 28. FEBRUAR 1932 MORGEN-AUSGABE

Washington sanktionsbereit

Gemeinsamer Wirtschaftsdruck auf Japan

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 27. FEBRUAR

Aus einer offiziösen Quelle in Washington meldet die United Preß, daß die amerikanische Regierung sich einem Boykott gegen Japan anschließen würde, falls die außerordentliche Völkerbundversammlung am 3. März wirtschaftliche Sanktionen unter Artikel 16 des Völkerbundstatuts gegen Japan beschließen sollte. Die amerikanische Regierung wolle zwar keinesfalls die Initiative zu einem solchen Schritt ergreifen, sei aber nach eingehender Beratung im Kabinett und verschiedener Rücksprachen Stimsons mit seinen Beratern entschlossen, einem eventuellen Boykottbeschluß sich anzuschließen.

Die amerikanische Regierung nimmt jedoch nicht an, daß der Völkerbund Artikel 16 gegen Japan anwenden wird. Unterrichtete Kreise in Washington hegen vielmehr die Hoffnung, daß die Stunde reif für erfolgreiche Friedensverhandlungen zwischen China und Japan sei und rechnen damit, daß Frankreich und England sich energischer für eine Beilegung des Konflikts einsetzen werden.

*

Dieser Beschluß der amerikanischen Regierung kommt sehr überraschend angesichts der peinlich reservierten Haltung, die besonders in der letzten Zeit gegenüber Japan beobachtet wurde. So hatte Washington noch vor kurzem betont, daß es sich bei der außerordentlichen Tagung des Völkerbundes nicht vertreten lassen wolle.

Die Wandlung in Washington gibt der Genfer Beratung am 3. März ein ganz neues Gewicht, denn alle wirtschaftlichen Druckmittel auf Japan müßten versagen, wenn die Mitwirkung der Vereinigten Staaten nicht gesichert ist. Wenn nun Washington sich jetzt zu neuer außenpolitischer Aktivität im chinesisch-japanischen Konflikt entschließt, so ist die Vermutung naheliegend, daß sehr eingehende Informationen aus Tokio den Entschluß und den Zeitpunkt seiner Bekanntgabe beeinflußt haben. Für die japanische Regierung stehen heute schon die Kosten des chinesischen Krieges in keinem Verhältnis zu dem möglichen Erfolge, und auch die Opfer um das militärische Prestige finden ihre Grenzen in der wirtschaftlichen Vernunft. Sie zu stärken gegenüber dem nationalistischen Tatendrang der japanischen Generalität muß die Aufgabe des Völkerbundes sein, für den der Weg militärischer Intervention ja praktisch nicht in Frage kommt.

Kiangwan in japanischer Hand

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 27. FEBRUAR

In der internationalen Niederlassung in Schanghai sind heute 15 000 Mann japanische Truppen zur Verstärkung gelandet worden. Sie haben unverzüglich nach der Landung den Marsch nach der Front angetreten.

Das Betreten des Konzessionsgebiets durch japanische Truppen steht im Widerspruch zu der Erklärung des japanischen Gesandten in China, Shigemitsu, der den Vertretern Englands, Frankreichs, Amerikas und Italiens versichert hatte, daß die Truppen zwischen Schanghai und Wusung an Land gebracht werden sollten.

Das Ergebnis der heutigen Kämpfe ist die Einnahme von Kiangwan durch die Japaner.

Japan marschiert

Von

GRAF CARLO SFORZA

Der frühere italienische Minister Graf Carlo Sforza, einer der besten europäischen Kenner Ostasiens, stellt der „Vossischen Zeitung" die folgenden Aufzeichnungen über den chinesisch-japanischen Konflikt zur Verfügung. In einem weiteren Aufsatz, den wir in den nächsten Tagen veröffentlichen, nimmt Graf Sforza kritisch zu dem Vorgehen Japans Stellung.

BRUESSEL, IM FEBRUAR

Nicht, weil ich aus einer friedlichen europäischen Hauptstadt schreibe, wo die Schüsse von Schanghai in vier nichtssagenden Zeilen eines Telegramms wiederklingen, wird es mir schwer, etwas Genaueres über den schließlichen Ausgang des chinesisch-japanischen Konfliktes zu sagen. Ich würde mir ebenso große Zurückhaltung auferlegen müssen, wenn ich in einem der feierlichen Gesandtschaftsgebäuden in Peking säße, einige hundert Meter entfernt von den ehrwürdigen gelben Dächern der „Verbotenen Stadt". Schriebe ich in China selbst, so würde es mir noch viel deutlicher sein, daß die gesamten Wirren in Ostasien einen ersten Anlaß gehabt haben, den alle Welt vergißt: der große Krieg von 1914 erschien den Orientalen als ein schrecklicher Bürgerkrieg zwischen Europäern. Ich habe diese ebenso wahre wie gefährliche Feststellung damals in China selbst machen können. Heute ziehen die Japaner die Folgerung aus dieser Auffassung, sie fühlen sich in ihrer Bewegungsfreiheit ungehemmt. Aber so leicht es ist, die europäische Ohnmacht festzustellen, so schwierig ist es, den Werdegang des japanischen Vorgehens zu verstehen. Wenn man, wie ich, in jenen wirren und widerspruchsvollen Jahren Zeuge des Sturzes der Mandschu-Regierung gewesen ist, dann hat man es gelernt, niemals wieder den Versuch zu machen, die Entwicklung der asiatischen Geschehnisse mit der kläglichen Logik unserer westlichen Mentalität zu beurteilen.

Dennoch wage ich es, zu behaupten, daß trotz den Legenden, die über den japanischen Bushido und die unentwegte Ergebenheit der Japaner gegenüber dem Mikado umlaufen, sich in den letzten Jahren im Reich der aufgehenden Sonne eine tiefgreifende Umwandlung im demokratischen Sinne zeigt. Wir wären im Unrecht, wenn wir die augenblicklichen Ereignisse in Schanghai und selbst die Volkskundgebung in Tokio, die wir im Film sahen, als Beweis dafür nähmen, daß Japan ganz und gar von kriegerischem Geiste durchtränkt ist. Das war der Fall im Jahre 1904, während des Krieges gegen Rußland, heute ist das nicht mehr wahr. Der Ausfall der Wahlen zugunsten der Kriegspartei beweist nichts gegen meine Behauptung. Sie sind zweifellos eine Augenblickserscheinung. Man könnte sogar sagen, daß, wenn es eine Volksmasse gibt, die wirklich die wirtschaftliche Nutzlosigkeit der Kriege — und auch der Siege — begriffen hat, so ist es die japanische. Sicherlich ist dort alle Welt, abgesehen von den wenigen „Roten", die nicht zählen, für eine energische Verteidigung der wirtschaftlichen Vorteile und Rechte, die Japan in der Mandschurei mit so schweren Opfern im Kriege gegen das zaristische Rußland errungen hat. Aber die Japaner, die genau wissen, wie schwierig es für sie ist, sich außerhalb ihrer Inseln auszubreiten, wünschen zu gleicher Zeit den Frieden und die freundschaftliche Entwicklung ihrer Beziehungen zu China, ihrem Hauptabnehmer.

Ich war noch einmal vor drei Jahren in der Mandschurei, bevor ich mein Buch über China herausgab. Ich habe bei dieser Gelegenheit wiederum feststellen können, wie wenig das Land für die japanische Einwanderung geeignet ist und wie sehr die Kaufleute und Industriellen Japans, die in Mukden und anderswo sich niedergelassen hatten, begreifen, daß der Erfolg ihrer Geschäfte notwendig die guten Beziehungen zu den 20 Millionen Chinesen, die in der Mandschurei leben, als Grundlage hat.

Der Wunsch, die Mandschurei zu „kolonisieren", führte zu einem Schlagwort, das in Japan nur zwei oder drei Jahre nach dem Sieg über die Russen Geltung hatte. Denn selbst in der Politik wiegen einige Jahre bitterer Erfahrungen schwerer als die schönsten Volksreden.

Trotz zwanzigjähriger Privilegien und mancher Bevorzugung ist die Zahl der Japaner in der ganzen Mandschurei — einem Lande, das fast so groß ist wie Deutschland und Italien zusammen — noch weit unter 200 000, während die Chinesen allein in der schmalen Zone, die die süd-

Zaunius kündigt neue Gewaltmaßnahmen an

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KOWNO, 27. FEBRUAR

In einer großen Versammlung im Kownoer Staatsrat antwortete heute gegen Abend der litauische Außenminister Zaunius auf die Ausführungen des Reichskanzlers Brüning über den Memel-Konflikt im Reichstag. „Repressalien, die der Reichskanzler Brüning in seiner Reichstagsrede erwähnte, können nur angewandt werden", so erklärte Zaunius, „wenn Staaten ihre zwischenstaatlichen Verträge nicht erfüllen. Im deutsch-litauischen Konflikt kommt dieser Fall nicht in Frage. Schon im Rat habe ich es für notwendig gehalten, darauf hinzuweisen, daß wir ein Direktorium zu bilden bemüht sind, das das Vertrauen des Landtages genießt. **Wenn uns das nicht gelingt, werden wir auch nicht einen Augenblick zögern, den Landtag des Memelgebiets aufzulösen. Der Gouverneur kann nur eine solche Person ernennen, zu der er Vertrauen hat. Dieses Recht hindert nicht, mit den Memelparteien zu unterhandeln."**

Zaunius versucht dann die bekannte deutsche Feststellung zu widerlegen, daß das Memel-Gebiet zu 75 v. H. deutsch wäre. „Wir streben nach guten Beziehungen zu Deutschland auf der Grundlage verschiedener Verträge, aber was die Erwähnung der Vergangenheit betrifft, so könnte uns jeder andere, aber nur nicht Deutschland an die Vergangenheit erinnern."

*

Wir haben volles Verständnis dafür, daß der Heidelberger Freistudent und frühere preußische Assessor Zaunius nicht gern an die Vergangenheit erinnert werden möchte. Gleichwohl ist und bleibt das Memelland deutsch, und die Ankündigung neuer Gewaltmaßnahmen macht es den Signatarmächten des Memelstatuts zur dringenden Pflicht, so schnell wie möglich eine Entscheidung des Haager Gerichtes über das litauische Vorgehen herbeizuführen.

Sichere dein Wahlrecht!

Die Listen liegen ab Donnerstag aus

Zur Reichspräsidentenwahl sind nur die Reichsangehörigen zugelassen, die in einer Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen sind. Listen und Karteien werden von der Gemeindebehörde geführt, in der der Stimmberechtigte seinen Wohnsitz hat; sie werden vom Donnerstag, dem 3., bis Sonntag, dem 6. März, bei den Gemeindebehörden ausgelegt. Es ist Pflicht eines jeden Staatsbürgers, die Listen während der Auslegungszeit einzusehen oder durch eine zuverlässige Vertrauensperson einsehen zu lassen. Fehlt sein Name, so muß er dies sofort der Gemeindebehörde mitteilen. Eintragung in die Wählerliste ist auch Voraussetzung für die Ausstellung von Wahlscheinen, für solche Wähler und Wählerinnen, die sich am Wahltage auf Reisen befinden.

Bei der großen Arbeit, die die Anlegung der Wählerlisten für die Gemeinden bedeutet und den zahlreichen Wohnungswechseln sind Versehen bei Anlegung und Fortführung der Listen nicht ausgeschlossen. Deshalb prüfe jeder Wähler die Listen auf Richtigkeit. Die Räume, in denen die Wählerlisten zur Einsicht ausliegen, werden durch Plakate oder in den Tageszeitungen bekannt gemacht.

Pommersche Bauern für Hindenburg

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

STETTIN, 27. FEBRUAR

Die größte republikanische Bauernorganisation Ostpommerns, der Pommersche Bauern- und Pächterbund, hielt in Stolp eine sehr gut besuchte Bundestagung ab, auf der nach einem Referat des geschäftsführenden Vorsitzenden Maier (Stolp) mit einer Entschließung gegen die Benachteiligung der kleinen Landwirte durch die Agrarpolitik des Ernährungsministers Schiele protestiert wurde. Gefordert wurde u. a. eine stärkere Förderung der landwirtschaftlichen Umstellung auf Qualitätserzeugnisse. Die Tagung klang in einem Bekenntnis zum Reichspräsidenten von Hindenburg aus.